

Aus der Duz-Freundin wurde eine Persona non grata

Marie-Louise Baumann Parlamentarier gehen auf Distanz, Entschuldigung bei Markwalder

VON DENNIS BÜHLER

Am 12. März 2005 druckte der «Blick» einen Artikel mit dem Titel «Das gekaufte Parlament». Die Unterzeile lautete: «Marie-Louise Baumann - erfolgreichste Lobbyistin in Bern.» Ihre Dossier-Kenntnisse gälten als phänomenal, schrieb die Boulevardzeitung, sie kenne im Gegensatz zu den Milizparlamentariern jedes Detail - «sodass sie auch gleich noch bei der Ausarbeitung von Anträgen behilflich sein kann».

Zehn Jahre später ist Baumann tief gefallen, in der Kasachstan-Affäre wird sie von verschiedensten Seiten an den Pranger gestellt. Die FDP versucht, die Schuld um jeden Preis von der Partei weg und hin zur umstrittenen Lobbyistin zu schieben («Nordwestschweiz» von gestern). Auch ihr Arbeitgeber, die PR-Agentur Burson-Marsteller Schweiz, stellt sich nicht mehr hinter sie, sondern hat gar eine interne Untersuchung eingeleitet und droht unverhohlen: Sollten die «hohen Standards bezüglich Transparenz und Mandatsführung ... oder gar gesetzliche Grundlagen» von der «Freelance-Mitarbeiterin von uns verletzt worden sein, werden wir adäquate Schritte in Betracht ziehen», so CEO Matthias Graf.

«Allseitig enormer Schaden»

In einem gestern publizierten Interview im «Blick» wurde sie nun auch von Markwalder frontal attackiert: «Mein Vertrauen wurde durch die Lobbyistin Marie-Louise Baumann aufs Übelste missbraucht», sagte die Berner FDP-Nationalrätin und gab an, rechtliche Schritte zu prüfen.

Gestern Abend entschuldigte sich Baumann dann in einem Schreiben, das sie der Nachrichtenagentur SDA zustellte: Sie sei erschüttert über die jüngsten Entwicklungen, schrieb sie. «Es ist dadurch allseitig enormer Schaden entstanden.» Sie sei der Meinung gewesen, sie habe Markwalder sowohl über den Auftraggeber als auch über dessen Ziele und dessen Mitwirkung an der Interpellation immer transparent und umfassend informiert. Offenbar aber sei der enge Kontakt zu ihrem Kunden zu wenig zum Ausdruck gekommen. Für dieses Missverständnis entschuldige sie sich und übernehme die volle Verantwortung.

Im Januar 1970 startete Baumann ihre Laufbahn als Sektionschefin Rechtsdienst der Bundeskanzlei, Ende 1979 wechselte sie zur FDP. Mehr als 20 Jahre lang arbeitete sie in deren Generalsekretariat - und baute insbesondere zu vielen freisinnigen Parlamentarierinnen enge Freundschaften auf, von denen sie in ihrer späteren



Marie-Louise Baumann, Lobbyistin, in einer Aufnahme von 2005. TOINI LINDROOS/RDB

LEHREN AUS DEM FALL MARKWALDER

Weg vom Badge-System?

Bis jetzt darf jeder Parlamentarier zwei Zugangsberechtigungen für die Wandelhalle im Bundeshaus vergeben. Wer einen Badge besitzt, kann jederzeit ungehindert lobbyieren. Als Konsequenz aus der Kasachstan-Affäre hat die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger am Montag ihre beiden Ausweise eingezogen. Nicht nur Marie-Louise Baumann verliert ihren Badge, sondern auch der unbeteiligte Daniel

Heller von Farner Consulting. Eichenberger sagt dazu: «Ich habe schlicht genug vom Reputationsrisiko, das mit diesen Badges einhergeht.» Diskutiert wird nun erneut, ob man anstelle des Götti-Systems mit den Badges eine ordentliche Akkreditierung für Interessensvertreter einführen soll. FDP-Nationalrat Andrea Caroni hatte dies schon vor drei Jahren gefordert, eine Mehrheit des Rates aber lehnte ab. (DBÜ)

Karriere als Lobbyistin profitieren sollte. Im Sommer 2000 stiess sie dann als Leiterin Public Affairs und Mitglied der Geschäftsleitung zu Burson-Marsteller. Im Parlament ist Baumann vor allem bei Mitte-Politikern bestens vernetzt, mit fast jedem ist sie per Du. «Marie-Louise» kennt jeder, nur will sie seit Ende letzter Woche niemand mehr kennen.

Mehrere befragte Kenner der Lobbyisten-Szene sind nicht erstaunt, dass ausgerechnet Baumann ein Missgeschick wie die Kasachstan-Affäre unterlaufen ist. Ihre ethischen Standards seien nicht die höchsten, heisst es. So sei sie jahrelang gleichzeitig als Lobbyistin für die Pharma- und die Tabakindustrie aufgetreten. «Zwei Hüte, die nicht jedem auf den Kopf passen», wie es ein bekannter Lobbyist ausdrückt. Zu Burson-Marsteller habe sie auch gut gepasst, schliesslich habe die PR-Agentur ja auch Öffentlichkeitsarbeit für den rumänischen Diktator Nicolae Ceausescu oder die argentinische Militärjunta betrieben.

«Wohl eine Verzweiflungstat»

Vor zwei Jahren, als Baumann eine Interpellation Markwalders im Sinne ihrer kasachischen Kunden umschrieb, sei die Schweizer Niederlassung von Burson-Marsteller unter starkem Druck der Londoner Zentrale gestanden, erzählt man sich in der Szene. Im Laufe des Jahres 2013 büsste die Agentur im hiesigen Markt 26 Prozent an Umsatz ein, wie die Marktstatistik des Bundes der Public-Relations-Agenturen der Schweiz ausweist. «Burson-Marsteller hätte zu dieser Zeit fast jeden Auftrag angenommen», heisst es. Beim autokratisch regierten Kasachstan nicht genauer hinzuschauen, sei wohl eine Verzweiflungstat gewesen. Zwei Jahre später wurde die Agentur bereits von der Vergangenheit eingeholt - und mit ihr die mittlerweile 69-jährige ehemals «erfolgreichste Lobbyistin in Bern».

Wer die einst umtriebige Frau dieser Tage zu sprechen versucht, läuft ins Leere. Auch bei Burson-Marsteller will man zum Fall Markwalder derzeit nicht mehr sagen, als was offiziell mitgeteilt wird.

Weil Marie-Louise Baumann mutmasslich Kommissionsgeheimnisse an eine ausländische Partei weiterleitete, könnte bald sogar die Bundesanwaltschaft (BA) tätig werden. Artikel 271 und 272 des Strafgesetzbuches verbieten nämlich Nachrichtendienst zugunsten des Auslands. Man werde aktiv, «wenn der sogenannte Geheimnis-Herr - in diesem Fall wohl die Aussenpolitische Kommission - den Verrat eines schützenswerten materiellen Geheimnisses geltend» machen sollte, sagte BA-Sprecher André Marty.

NACHRICHTEN

STÄNDERATSKOMMISSION I Mehr Geld für Bauern und Jugend+Sport

Die Finanzkommission des Ständerats will mehr Geld für die Bauern. Sie will die Beiträge des sogenannten Schoggigesetzes um 25,6 Millionen Franken erhöhen. Dass die im Budget 2015 vorgesehenen 70 Millionen für Ausfuhrvergünstigungen nicht reichen, ist schon länger klar. Der Bundesrat wollte aber nur 20 Millionen als Nachkredit. Auch bei den Programmen von Jugend+Sport ist die Ständeratskommission spendabler: Sie will den Kredit um 5 auf 17 Millionen Franken aufstocken. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen 12 Millionen hätten den J+S-Fehlbetrag nur bis Ende Juli gedeckt. (SDA)

STÄNDERATSKOMMISSION II Mehr Disziplin als der Nationalrat beim Sparen

Was der Nationalrat aus dem Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP) strich, will die Finanzkommission des Ständerats wieder ins Sparprogramm aufnehmen. Statt der vom Bundesrat vorgeschlagenen 57 Millionen Franken sollen bei der Landwirtschaft zumindest 30 Millionen eingespart werden. Kein Bereich dürfe ausgeklammert werden. Gleiches gelte für den grössten Posten, den der Nationalrat gestrichen hatte: Mit der Senkung des Zinssatzes zur Verzinsung der IV-Schuld bei der AHV sollen 132,5 Millionen eingespart werden. Mit dem KAP will der Bundesrat über 700 Millionen Franken einsparen. (SDA)

«EXPERIMENT NICHTRAUCHEN» Mehr als 70 Prozent der Klassen hielten durch

2500 Klassen der 6. bis 9. Schulstufe haben sich im Rahmen des Projekts «Experiment Nichtrauchen» verpflichtet, ein halbes Jahr lang nicht zum Glimmstängel zu greifen. Dabei hielten mehr als 70 Prozent der Klassen durch, so die Arbeitsgemeinschaft Tabakprävention. Unter den erfolgreichen Klassen wurden hundert Reisesegutscheine verlost. Der Wettbewerb findet in zwei Kategorien statt: In einer treten Klassen an, die komplett rauchfrei sind; in der zweiten Kategorie Klassen mit einzelnen rauchenden Schülern. Finanziert wird das Projekt vom Tabakpräventionsfonds. (SDA)

NATIONALRATSWAHLEN Daniel Vischer verzichtet auf erneute Kandidatur

Der Zürcher Grünen-Nationalrat Daniel Vischer tritt bei den Wahlen im Oktober nicht mehr an. Der 65-Jährige vertrat seine Partei während zwölf Jahren in Bern. Grund dafür seien drohende interne Kämpfe, erklärte er im «Tages-Anzeiger». Wenn die drei Bisherigen und mindestens eine Frau «um bestenfalls drei Plätze» kämpfen, führe das zu Unruhe. Sein Verzicht solle dazu führen, dass die Grünen ihre drei Sitze ohne Streit verteidigen können. (SDA)

Die Ärzte erkannten die Gefahr nicht

Mehrfachmord Neue Details bringen Licht in die Vorgeschichte der Tat von Semun A.

VON DANIEL FUCHS

Der 36-jährige Schweizer mit türkischen Wurzeln, Semun A., war krank, musste gegen seinen Willen in die Psychiatrie und wurde fatalerweise wieder entlassen. Neun Tage, bevor er vier Menschen erschoss und sich selber richtete. So lautet die Kurzversion des Krimis um den Mehrfachmord im aargauischen Würenlingen. Detaillierter lässt sich die Geschichte anhand neuer Informationen der Behörden im Kanton Schwyz nachzeichnen, wo Semun A. wohnte. Und anhand der Berichte der psychiatrischen Klinik Clenia Littenheid im Kanton Thurgau, wo er in Behandlung war.

37 Tage in der Klinik

Erster Stichtag ist der Freitag, der 24. März 2015: Bei einer Hausdurchs-

suchung suchen Polizisten nach Waffen. Die Polizei geht von einer Gefährdung der drei Kinder von Semun A. aus. Sie werden nicht fündig, nehmen Semun A. jedoch fest und übergeben ihn dem Sozialpsychiatrischen Dienst des Kantons Schwyz. Gleichentags werden die Kinder aus ihren Schulklassen geholt und fremdplatziert, Mutter und Vater wegen Fremd- und Selbstgefährdung fürsorglich untergebracht, er gegen seinen Willen in der psychiatrischen Privatklinik Littenheid.

Dabei ist es nicht das erste Mal, dass Semun A. auffällt:

- 2007 läuft ein Strafverfahren gegen ihn wegen mehrerer Delikte. Es wird rechtmässig eingestellt.

- Schon 2011 muss er in die psychiatrische Klinik Littenheid eingewiesen werden.

- Im März 2012 durchsuchen Polizisten seine Wohnung ein erstes Mal nach Waffen.

- 2013 ist er zum zweiten Mal in der Klinik Littenheid, dieses Mal freiwillig.

Während seines jüngsten Klinikaufenthalts verhält sich Semun A. freundlich und unauffällig. Er legt Rekurs gegen die fürsorgliche Unterbringung ein. Am 15. April entscheidet das Gericht, dass er vorerst in der Klinik bleiben, bei einer anhaltenden positiven Behandlung jedoch entlassen werden muss.

Semun A. nimmt an Therapien teil und erhält Medikamente. Die Ärzte erkennen eine deutliche Verbesserung seines Zustands. Zwei Tagesurlaube mit sogenannten Belastungsproben in seiner Wohnung und bei seiner Mutter sollen ihn auf die bevorstehende Entlassung vorbereiten. Sie verlaufen positiv.

Neun Tage zu Hause

Zweiter Stichtag ist Donnerstag, der 30. April: Nach mehr als fünf Wochen Klinikaufenthalt wird Semun A. aus der stationären Behandlung entlassen, nachdem die Ärzte die fürsorgliche Unterbringung aufgehoben haben. Sie er-

kennen bei Semun A. während des gesamten Behandlungsverlaufs keine Anzeichen, dass er andere oder sich selber gefährden könnte. A. muss sich weiterhin ambulant behandeln lassen. Er hat Termine beim Hausarzt und mit der Spitez. Zudem verabreichen die Ärzte Semun A. vor dem Austritt ein zwei Wochen wirkendes Depot-Medikament.

Wohin sich A. nach seiner Entlassung begibt, ist unklar. Seine Nachbarn in Reichenburg SZ wollen ihn erst vergangene Woche wieder am Wohnort gesehen haben. Polizisten haben einige von ihnen informiert, dass der Mann in das Mehrfamilienhaus zurückkehrt.

Neun Tage nach seiner Entlassung, am letzten Samstag, dem 9. Mai, ist Semun A. im Besitz einer Waffe, setzt sich in sein Auto, fährt in den Aargau und schreitet in Würenlingen zur brutalen Tat.



Weitere Artikel zum Mehrfachmord finden Sie online.

INSERAT

FDP
Die Liberalen

«Die Erbschaftssteuer-Initiative bedroht die Nachfolge unzähliger Familienunternehmen.»



Sabina Freiermuth-Salz, Grossrätin, Vizepräsidentin FDP Fraktion, Zofingen

www.fdp.ch

AM 14. JUNI 2015

NEIN zur Erbschaftssteuer

Kommunikation & Grafik: Profimedia © DRG 2011 Bern